

Gewerkschaften, Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus

Veranstalter: Hans Böckler Stiftung; Bergische Universität Wuppertal; Ruhr Universität Bochum

Datum, Ort: 04.12.2016–05.12.2016, Wuppertal

Bericht von: Uwe Fuhrmann, Freie Universität Berlin

Die Tagung „Gewerkschaften, Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus“ war die zweite Konferenz binnen Kurzem, die sich dem Verhalten der deutschen (A)DGB-Gewerkschaften in wichtigen historischen Umbrüchen widmete.¹ Die Veranstalter hatten in Wuppertal eine Bestandsaufnahme der historischen Forschung zu „Verfolgung, Widerstand und Anpassung“ der Arbeiterbewegung zur Zeit des NS in den Mittelpunkt der Tagung gerückt und darüber hinaus die Frage gestellt, welche Bedeutung dieser Themenkomplex für das Selbstverständnis der Gewerkschaften nach 1945 hatte.

Nach einer kurzen Ansprache durch den Kanzler der Universität Wuppertal begrüßten Heinz Sünker als Sprecher der Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und Wolfgang Jäger im Namen der HBS selbst die Anwesenden. Sünker wies darauf hin, dass der Widerstand der GewerkschafterInnen in der BRD nie angemessen anerkannt und gewürdigt worden sei und stellte (unter anderem mit Richard Evans) fest, dass die Erinnerung an den NS immer noch politisch stark aufgeladen und umstritten ist. Jäger wiederum bekräftigte, was Axel Schildt den Gewerkschaften jüngst an anderer Stelle geraten hatte² – keine teleologische Erfolgsgeschichte anzustreben – und stellte die Bereitschaft der HBS heraus, in diesem Sinne zu wirken.

Der ausgewogene Eröffnungsvortrag von MICHAEL SCHNEIDER (Kalenborn) ist auch im Sinne der Ziele der Konferenz als gut gelungen zu bezeichnen. Unter dem Titel „Integriert? Arbeiter und Arbeiterbewegung im Nationalsozialismus“ betonte er zunächst die Verlockungen, die der NS-Staat auch für das gewerkschaftliche Milieu bereithielt. Dazu zählte Schneider eine symbolische Aner-

kennung durch die Hochachtung der Handarbeit, staatliche 1. Mai-Feiern, die Rede von „Volksgenossen“ und die Tendenz zur Gleichstellung von ArbeiterInnen mit Angestellten (z.B. bei Urlaub und Versicherung). Flankiert wurden diese Angebote selbstredend von brutaler Repression, Zwang, Terror und Arbeitserziehungslagern, die die Kehrseite der genannten Angebote darstellten. Vor diesem Hintergrund hob Schneider zwei Befunde hervor: Zum einen hat er in seinen Untersuchungen in der milieugebundenen Arbeiterschaft kaum (gewaltsame) Widerstandshandlungen beobachtet, andererseits aber einen bemerkenswert hohen Grad an Beharrungsvermögen festgestellt. Letzteres zeigte sich z.B. in den fortlaufenden Wahlsiegen freigewerkschaftlicher KandidatInnen bei den Wahlen zu Betriebsräten und Vertrauensleuten auch nach der Machtübergabe an die NSDAP; Überlaufen war für nur Wenige eine Option. Aber auch entschiedener Widerstand, wie es ihn in anderen Ländern durchaus gegeben hat, blieb in Zeiten ubiquitären Staatsterrors marginal. Die These von Schneider, für weiteren Widerstand hätte es „organisatorische Kerne mit Öffentlichkeitsfunktion“ gebraucht – ohnehin illusorisch in einer Diktatur – reproduziert meines Erachtens eine historische Denkfigur der deutschen Arbeiterbewegung, die es nur Einzelnen erlaubte, über die Verbreitung guter Argumente oder eine Art persönlicher (milieugestützter) „Resilienz“ hinaus Widerstand zu leisten. Es scheint vielmehr, die Handlungsoptionen der deutschen Gewerkschaften seien durch ihr Selbstverständnis (welches natürlich vor dem Januar 1933 entwickelt worden war) auf einen sehr engen Korridor verengt gewesen.

¹ Am 12./13. November 2015 standen in Berlin die Jahre 1989/90 im Mittelpunkt. Siehe die Dokumentation der Tagung „Einheit und Transformation – Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess“, http://www.boeckler.de/veranstaltung_60549.htm. Vgl. auch den Tagungsbericht: Einheit und Transformation. Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess, 12.11.2015 – 13.11.2015 Berlin, in: H-Soz-Kult, 02.02.2016, <<http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6367>>.

² Anlässlich der Veranstaltung „Sind Gewerkschaften in der Zeitgeschichtsschreibung nur eine Randerscheinung?“, 25. November 2015 in Berlin. Programm vgl. http://www.boeckler.de/pdf/v_2015_11_25_programm.pdf

Spätestens in der folgenden, sehr lebendigen Diskussion, wurde deutlich, dass es hilfreich sein könnte, das Begriffsfeld „Widerstand“ zu differenzieren – wie dies in Teilen der Protestforschung (etwa in Anschluss an Detlev Peukert) anzutreffen ist. Auch wurde aus dem Publikum darauf hingewiesen, dass es vor allem zu Beginn der NS-Zeit durchaus Schießereien und Angriffe auf NS-Verbände gegeben hatte – die daran beteiligten Antifaschisten jedoch diejenigen waren, die als erste exekutiert wurden bzw. am längsten in den Lagern blieben.

Die folgende von DIETER NELLES (Wuppertal / Bochum) moderierte „Podiumsdiskussion zum gewerkschaftlichen Widerstand“, die mit WILLY BUSCHAK (Dresden), STEFAN HEINZ, SIEGFRIED MIELKE (beide Berlin) und STEPHAN STRACKE (Wuppertal) einschlägig besetzt war, kann vor allem hinsichtlich der Monate bis zum 2. Mai 1933 als informativ und aufschlussreich bezeichnet werden. Zu diesen so wichtigen Monaten scheint es keinen Forschungsüberblick oder gemeinsamen Diskussionsstand zu geben – vielmehr wurden eine Menge an teils gegenläufigen Informationen erst an dieser Stelle zusammengetragen. Willy Buschak berichtete unter Rückgriff auf die Tagebücher von Walter Citrine, dass Theodor Leipart beim Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) behauptet hatte, es gäbe einen Generalstreiksplan für den 5. März 1933 (an dem die Reichstagswahl stattfand). Und tatsächlich, so Buschak, sei zumindest für Sachsen nachzuweisen, dass sich an neuralgischen Punkten, etwa Bahnhöfen, (schlecht) bewaffnete ArbeiterInnen zusammenfanden. Siegfried Mielke ergänzte dies mit dem Hinweis auf das Netzwerk von Eisenbahnern bzw. auf Hans Jahn, der ebenfalls auf einen Generalstreik hingearbeitet hätte. Nach einem entsprechenden Aufruf der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) direkt nach der Machtübergabe, so wusste Stefan Heinz zu ergänzen, hätten sich in Berlin einige Tausend zu Protestaktionen versammelt. Was von Stefan Heinz an dieser Stelle als geringe Beteiligung eingeschätzt wurde – hinsichtlich der welthistorischen Bedeutung dieser Tage sicher zutreffend – könnte sich im Vergleich allerdings als herausragend erweisen. Denn insgesamt,

so war sich das Podium einig, waren keine ernsthaften Vorbereitungen zu groß angelegten Streiks festzustellen. Lediglich Stephan Stracke konnte aus dem Wuppertaler Raum von etlichen für eine ernsthafte Konfrontation vorbereiteten und bewaffneten Belegschaften (so der Bergbahn, der Firma Bemberg oder auch Mitglieder der Konsumgenossenschaft) und einigen Zusammenstößen berichten. Dominant war indes der Anpassungskurs der Gewerkschaftsleitungen. Ob es tatsächlich nur an einem (Kampf-)Signal „von oben“ fehlte oder die Gründe in der „Konsensorientierung“ der deutschen Arbeitnehmerschaft zu suchen sind (Mielke); ob eine starke Fetischisierung der eigenen Organisation dazu führte, diese nicht im Kampf aufs Spiel zu setzen oder ob – vor dem Hintergrund ähnlichen Verhaltens der beiden großen Parteien der Arbeiterbewegung – nicht etwas weiträumiger gedacht werden muss, all das erschien in gewisser Weise eine noch nicht richtig begonnene Diskussion.

Eine öffentliche Abendveranstaltung mit REINER HOFFMANN (Wuppertal) beschloss den ersten Tag. Dort äußerte sich der DGB-Vorsitzende zu „Erinnerungspolitik und Nationalsozialismus aus Sicht der Gewerkschaften“. Gewerkschaften seien zwar ein geschichtspolitischer Akteur, aber könnten und wollten die Arbeit der Geschichtswissenschaft nicht ersetzen, sondern ihre Ergebnisse als Anregungen und Ermutigung zur Differenzierung begreifen; denn gewerkschaftliche Geschichts- und Erinnerungspolitik brauche solide wissenschaftliche Grundlagen. Diese Funktion, so der DGB-Vorsitzende, erfülle zum Beispiel die Arbeit von Stephan Stracke zu den Wuppertaler Gewerkschaftsprozessen.³ Dass einem Vorsitzenden des DGB qua Funktion Geschichtspolitik näher ist als wissenschaftliche Differenzierung, bewies der weitere Verlauf der Rede, in der Wilhelm Leuschner als leuchtender Märtyrer erschien, der im Angesicht seiner Hinrichtung offensichtlich die Schaffung des DGBs in seiner heutigen Form als Vermächtnis hinterlassen hat.

DETLEV BRUNNER (Leipzig) eröffnete den zweiten Tag. Brunner, der unter dem Ti-

³ Vgl. Stephan Stracke, Die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse – gewerkschaftlicher Widerstand und internationale Solidarität, Bremen und Wuppertal 2012.

tel „Überläufer? ‘Nationale Sozialisten’ in den Gewerkschaften“ etliche Biografien vergleichend referierte, nahm das Fragezeichen hinter „Überläufer“ tatsächlich ernst. Das erlaubte ihm, die untersuchten Funktionäre, darunter Lothar Erdmann, Clemens Nörpel, Walter Pahl, Franz Josef Furtwängler und viele weitere auch in ihren Widersprüchlichkeiten zu beleuchten; und selten war die Diagnose „Überläufer und Opportunist“ einfach (wie im Fall von Hermann Seelbach, Gewerkschaftsschule Bernau). Bedenkenswert ist die These Brunners, dass eine hohe Staatsaffirmation und Ideen von „Hingabe an das Ganze“ (Leipart, 1932) in den Gewerkschaften schon vor 1933 angelegt waren. Von der Ergiebigkeit einer differenzierten Betrachtung, wie sie von Brunner vorgetragen wurde, zeugte auch die gute Aufnahme durch das Publikum und die anschließende angeregte Diskussion.

KRISTINA MEYER (Jena) veranschaulichte entlang der Biografie von Ludwig Linsert aus München die Dynamiken, die die Vergangenheitsbearbeitung der Gewerkschaften beeinflussten. Linsert (DMV, Naturfreunde, ISK, 1937-39 Haft, 1943 Strafbataillon 999, 1947 Rückkehr) trat 1948 in die SPD ein und wurde hauptberuflicher DGB-Funktionär. Menschen wie Linsert beschwiegen nach 1945, so Meyer, sowohl die NS-Begeisterung großer Teile der Bevölkerung als auch ihre eigenen Verfolgungserfahrungen, um keine gesellschaftliche Kluft neu aufzuwerfen, die den Aufbau einer sozialen Demokratie gefährden könnte. Eine sehr lange Zeit änderte sich in der BRD an diesem Beschweigen der Vergangenheit verhältnismäßig wenig. Der 20. Juli diente als inklusive Erzählung, worin auch die Gewerkschaften berücksichtigt waren und der die Einzelnen von ihrer Verantwortung entlastete. Weder die 68er noch Willy Brandt brachten zunächst direkte Impulse für die Aufarbeitung; der Kniefall in Warschau war eine gewichtige Ausnahme. Anfang der 1970er-Jahre schob Linsert das breit rezipierte Forschungsprojekt „Verfolgung und Widerstand in Bayern 1933–1945“ an und nach Ausstrahlung der Serie „Holocaust“ (1979) wurde auch die AG ehemals verfolgter SozialdemokratInnen (AVS) wiederbelebt. Die anschließende große Erinnerungswelle mit Tendenz zur Überhöhung wurde gefolgt von einer Phase kriti-

scher Selbstreflexion. Die Gründung der historischen Kommission der SPD und verstärkter Geschichtsarbeit der Ortsgruppen verortete Meyer in ihrem viel gelobten Vortrag nicht nur in der beschriebenen Entwicklung, sondern auch als Weg zur historisch unterfütterten „Selbstvergewisserung in erodierenden Milieus“.

GREGOR KRITIDIS (Hannover) widmete sich einem gewerkschaftlichen Nachkriegs-Netzwerk. Die Mitglieder des sogenannten Zehnerkreises waren meist IG-Metaller, oft ISK-ler und alle Männer. Der oben erwähnte Linsert zählte ebenso dazu wie Werner Hansen und Otto Brenner. Spannend im Sinne des Tagungsthemas ist es, dass hier nach 1945 auf informellem Weg versucht wurde, Opportunisten des Jahres 1933 vom Einfluss in den Gewerkschaften fernzuhalten und historische Erfahrungen die aktuelle Politik deutlich beeinflussten. Der Zehnerkreis als „oppositionelle Kraft“ innerhalb von SPD und Gewerkschaften bestand laut Kritidis, bis er sich in der Diskussion um die Notstandsgesetze zerstritt. In der anschließenden Diskussion wurden Bedenken geäußert, ob die Beschreibung von Kritidis nicht den Netzwerk-Charakter unterschätzt hätte und zu viel Koordination hineininterpretiere, angeführt wurden etwa fehlende regelmäßige Treffen.

In der die Tagung beschließenden Podiumsdiskussion, die von WOLFGANG UELLENBERG-VAN DAWEN (Köln), CHAJA BOEBEL (Berlin) und EGBERT BIERMANN (Hannover) bestritten und von STEFAN BERGER (Bochum) moderiert wurde, standen die Fragen im Mittelpunkt, wie „vergangenheitsbewusst“ die Gewerkschaften heute sind, welche Bedeutung Erinnerung für sie hat und zu welchen Zeitpunkten diese institutionell vorgenommen wird. Biermann wies zunächst auf einige Aktivitäten hin, etwa Publikationen zum 80. Jahrestag der Zerschlagung der Mitbestimmung (2013) oder zum 125. Gründungstag des Fabrikarbeiterverbandes (als Vorläufer der IG BCE); auch wurde (nur in Einzelfällen erfolgreich) versucht, Gedenkplaketten zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 anzubringen. Biermann stellte aber auch kritisch fest, dass Initiativen zur Erinnerung entweder von engagierten Funktionären bzw.

Hauptamtlichen ausgehen oder aber runde Gedenktage der Anlass sind; allgemein seien die gewerkschaftlichen Organisationen wenig geschichtsbewusst und meist an Erfolgsgeschichten interessiert. Anschließend gewährte Chaja Boebel anhand ihrer Erfahrungen mit Geschichtsseminaren der IG Metall in ihrer Berliner Bildungsstätte eine Impression von der bildungspolitischen Bedeutung von Geschichte, die den Schluss zuließ, dass die Geringschätzung von Geschichte durch die Organisation keineswegs mit den Interessen ihrer Mitglieder korrespondiert. Etwa 80 Prozent der regionalen und örtlichen Veranstaltungen seien thematisch an NS und Widerstand ausgerichtet – jüngst erschien aber auch ein Zeitzeugenprojekt in Buchform mit dem Titel „Erinnern an den Anfang“ zum Wiederaufbaus nach 1945. Wolfgang Uellenberg stellte betreffend den Stellenwert von Geschichte innerhalb der Gewerkschaftsverbände ernüchtert fest, dass die Gewerkschaft ver.di als einzige DGB-Gewerkschaft ein eigenes historisches Archiv vorhalte. Die flächendeckendste Beschäftigung mit Geschichte, so Uellenberg, trete bei Jubilarehrungen auf – und dabei, so seine Beobachtung, sei die ehrende Erinnerung an gewerkschaftlichen Widerstand in Ostdeutschland durch die penetrante Thematisierung vor 1989 viel komplizierter als im ehemaligen Westdeutschland. Eine Spätfolge der – in dieser Tagung eindeutig im Mittelpunkt stehenden – Niederlage der Gewerkschaften 1933, so vermutete Uellenberg, sei die Vehemenz, mit der bis heute Forderungen nach einem Recht auf den politischen Generalstreik auf verschiedenen Gewerkschaftskonferenzen vorgebracht werden.

Wie man es sich von einer solchen Konferenz erhoffen konnte, wurden in Wuppertal sowohl Desiderate offenkundig, als auch Ansätze einer neu aufgenommenen Diskussion erkennbar. Konkret lässt eine formale Erneuerung der klassischen Gewerkschaftsgeschichte weiter auf sich warten: von 17 SprecherInnen waren 15 Männer, auch methodische Impulse aus verschiedenen fachwissenschaftlichen Debatten (einschließlich der Erschließung neuer Quellenarten) fanden noch selten Eingang in die Debatten. Gerade zum hier zentralen Zeitraum zwischen dem Januar

1933 und dem 2. Mai desselben Jahres scheint es außerdem keine gemeinsame Diskussionsgrundlage im Sinne eines Forschungsüberblicks, synthetisierender Texte oder einer gemeinsamen Systematik zu geben. Auch das kann als die angekündigte „Bestandsaufnahme“ gelten. Vor dem Hintergrund des seit Jahren wahrnehmbaren Bestrebens der Hans-Böckler-Stiftung und anderer Akteure sowie der zahlreichen Versicherungen, auch (selbst-)kritische Forschungen zuzulassen bzw. wertzuschätzen und Geschichte auch jenseits von Gedenktagen Platz einzuräumen, kann aber – auch aufgrund laufender Forschungen – trotz solcher Defizite durchaus auf eine Renaissance der Gewerkschaftsgeschichte gehofft werden: Denn sieht man diese Veranstaltung im Zusammenhang mit den Tendenzen, die sich bereits bei einer ähnlichen Konferenz in Berlin angedeutet hatten, steht die klassische Gewerkschaftsgeschichte möglicherweise vor einer überfälligen Ausdifferenzierung und Erweiterung. Voraussetzung dafür ist jedoch nicht nur eine methodische Öffnung, sondern auch die Neu-Situierung der Gewerkschaftsgeschichte, weg von der Organisations- hin zur Integration in die allgemeine Zeit- und Sozialgeschichte.

Konferenzübersicht:

Begrüßung

Roland Kischkel, Kanzler der Bergischen Universität Wuppertal

Heinz Sünker, Sprecherausschuss der Vertrauensdozent/innen der Hans-Böckler-Stiftung

Wolfgang Jäger, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung

Michael Schneider (Institution, Stadt?), Integriert? Arbeiter und Arbeiterbewegung im Nationalsozialismus

Podiumsdiskussion zum gewerkschaftlichen Widerstand

Willy Buschak (DGB Sachsen, Dresden)

Stefan Heinz (Freie Universität Berlin)

Siegfried Mielke (Freie Universität Berlin)

Stephan Stracke (Verein zur Erforschung der sozialen Bewegung des Wuppertals, Wupper-

tal)

Moderation und Einführung: (Dieter Nelles, Ruhr-Universität Bochum)

Öffentliche Abendveranstaltung gemeinsam mit dem DGB Düsseldorf-Bergisch Land
Reiner Hoffmann (DGB-Bundesvorsitzender), Erinnerungspolitik und Nationalsozialismus aus Sicht der Gewerkschaften

Detlev Brunner (Universität Leipzig), Überläufer? „Nationale Sozialisten“ in den Gewerkschaften

Kristina Meyer (Universität Jena), Die Gewerkschaften und die NS-Vergangenheit nach 1945

Gregor Kritidis (Hannover), Die Bedeutung des Widerstands in der IG-Metall

Gespräch mit Vertretern und Vertreterinnen der Gewerkschaften. Die Erinnerung an den Widerstand in den Gewerkschaften

Wolfgang Uellenberg-van Dawen (Gewerkschaft ver.di)

Chaja Boebel (IG Metall Bildungszentrum Berlin)

Egbert Biermann (IG Bergbau, Chemie, Energie)

Moderation und Einführung: Stefan Berger (Ruhr-Universität Bochum)

Schlusswort

Tagungsbericht *Gewerkschaften, Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus*. 04.12.2016–05.12.2016, Wuppertal, in: H-Soz-Kult 08.03.2016.